

Rahmenvertrag zur Instandhaltung / Pflege von AFZS-Fahrzeugausstattungen

Zwischen

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS)
Rotebühlstraße 121
70178 Stuttgart

.....

-nachfolgend „Auftraggeber Rahmenvertrag“ oder „Rahmenvertragspartner“ oder „VVS“ genannt –,

und

.....

- nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt -

wird nachfolgender Rahmenvertrag zu Instandhaltung / Pflege der AFZS-Fahrzeugausstattungen zu den nachfolgenden genannten Bedingungen geschlossen.

1 Präambel

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (kurz: VVS GmbH) nimmt im Verbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wahr. Sie bezweckt mit dieser Ausschreibung die Beschaffung und Installation von Komponenten für die automatische Fahrgastzählung in Kraftfahrzeugen, die im ÖPNV eingesetzt sind. Diese Komponenten bestehen einerseits aus Sensoren, die die Ein- und Ausstiegsvorgänge von Personen an jeder Fahrgasttür eines Fahrzeugs zählen. Sie werden fahrzeugseitig um Steuer- und Kommunikationsmodule einschließlich Steuerungssoftware ergänzt. Auszustatten sind Fahrzeuge, die sich im Eigentum von Verkehrsunternehmen befinden. Die VVS GmbH führt diese Ausschreibung durch, um Effizienzen, Skalen- und Synergieeffekte durch die Bündelung von Beschaffungswünschen der Unternehmen zu nutzen. Dieser Rahmenvertrag bildet die Grundlage für die durch die im Regierungsbezirk Stuttgart sowie im Landkreis Calw tätigen Verkehrsunternehmen sowie deren ÖPNV-Aufgabenträger zu schließenden Einzelverträge. Die zum Berechtigtenkreis dieses Vertrags gehörenden Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (nachfolgend: „Auftraggeber der Einzelabrufe“ oder „Einzelbeauftragter“ oder „Einzelvertragspartner“), schließen im Wege der zu tätigen Abrufe nach den Vorgaben dieses Rahmenvertrags Einzelverträge über die Instandhaltung und Pflege von AFZS-Fahrzeugausstattungen ab. Der Rahmenvertrag wird zu den nachfolgenden Bedingungen zwischen dem Auftragnehmer und der VVS GmbH geschlossen. Die berechtigten Verkehrsunternehmen und die ÖPNV-Aufgabenträger sind bezugsberechtigt und decken ihren Bedarf eigenverantwortlich. Für jeden Einzelabruf gelten die Bedingungen dieses Rahmenvertrags. Mindestabnahmemengen werden nicht festgelegt.

2 Vertragsgegenstand und Vertragsbestandteile

- 2.1 Gegenstand dieses Rahmenvertrags ist die Instandhaltung und Pflege der aufgrund von Einzelabrufen installierten AFZS-Fahrzeugausstattungen. Durch diesen Vertrag werden die im Bereich des Regierungspräsidiums Stuttgart sowie des Landkreises Calw tätigen Verkehrsunternehmen sowie deren ÖPNV-Aufgabenträger (nachfolgend Einzelauftraggeber genannt) jeweils selbst dazu berechtigt, einen Einzelabruf nach Maßgabe dieser Rahmenvereinbarung vorzunehmen und den Abschluss eines entsprechenden EVB-IT Vertrag mit dem Auftragnehmer zu verlangen. Es handelt sich derzeit um ca. 70 Verkehrsunternehmen.
- 2.2 Bestandteile dieses Vertrags und für die durch die Einzelabrufe zu schließenden Einzelverträge sind unter Vorrang der jeweils spezielleren Regelung in nachfolgender Rang- und Reihenfolge:
- 1) dieser Rahmenvertrag,
 - 2) die Leistungsbeschreibung (Lastenheft),
 - 3) das Leistungsverzeichnis (Preisblatt),
 - 4) die vom Auftragnehmer eingereichten folgenden Konzepte:
 - Konzept Service und der Instandhaltung
 - 5) das von beiden Vertragsparteien im Rahmen des Rahmenvertrags AFZS Installation/Inbetriebnahme freigegebene Pflichtenheft,
 - 6) Soweit nicht in der Rangfolge vorrangig für Leistungen Regelungen nach diesem Rahmenvertrag getroffen sind, gelten sowohl für diesen Vertrag als auch für die jeweiligen Abrufe
 - der EVB-IT Instandhaltungsvertrag mit seinen Anlagen,
 - der mit dem jeweiligen Einzelauftraggeber abzuschließende Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV)
 - 7) die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestlohnverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg,
 - 8) die Regelungen der Vertragsordnung für Lieferungen und Leistungen, Teil B (VOL/B),
 - 9) die allgemeinen gesetzlichen Regelungen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters/Auftragnehmers werden nicht anerkannt und gelten nicht. Dies gilt auch, wenn solchen seitens des Auftraggebers des Rahmenvertrags oder seitens der Einzelauftraggeber nicht widersprochen werden.

3 Rechtsstellung des VVS und der abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (Bezugsberechtigte)

- 3.1 Die VVS GmbH ist der Rahmenvertragspartner des Auftragnehmers. Die gemäß dieses Rahmenvertrags zur Instandhaltung / Pflege der AFZS-Fahrzeugausstattungen abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger werden durch die Tätigkeit von Einzelabrufen entsprechend der Regelung des Rahmenvertrags als (Einzel-)Vertragspartner für die abgerufenen Leistungen ausschließlich berechtigt und verpflichtet. Der Auftragnehmer darf lediglich Einzelaufträge/ Einzelabrufe der abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (Einzelauftraggeber) annehmen und ausführen, die sämtliche Vorgaben dieses Rahmenvertrags mit allen Vertragsbestandteilen beachten. Weiterhin sind dabei das Vertragsformular EVB-IT Instandhaltungsvertrag zu verwenden und der jeweilige Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) abzuschließen.

Sofern die vorgenannten Einzelauftraggeber Abrufe unter Nichtbeachtung dieser vertraglichen Vorgaben vorzunehmen versuchen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Rahmenvertragspartner VVS GmbH unverzüglich hierrüber zu unterrichten. Dem Auftragnehmer ist es nicht gestattet, während der Vertragslaufzeit dieses Rahmenvertrags mit den vorbenannten Einzelauftraggebern bezüglich der Leistungsgegenstände aus diesem Rahmenvertrag auf anderem Wege als über den Abruf über diesen Rahmenvertrag zu kontrahieren.

- 3.2 Zur Abgabe von Willenserklärungen, welche die Änderung und Gestaltung dieses Rahmenvertrags zum Gegenstand haben (z. B. Kündigung dieses Rahmenvertrags), ist ausschließlich der Auftraggeber dieses Rahmenvertrags, die VVS GmbH, berechtigt. Eine Berechtigung für die Abrufberechtigten besteht hierzu nicht und wird durch diesen Vertrag auch nicht im Wege der Stellvertretung zugelassen.
- 3.3 Die VVS GmbH stellt sicher, dass zwischen ihr und den Abrufberechtigten im Innenverhältnis die Anwendung der Regelungen und die Geltung der Voraussetzungen aus diesem Rahmenvertrag entsprechend der Vorgaben und Grenzen entsprechend dem Regelungsgehalt der ersten beiden Absätze rechtlich wirksam umgesetzt wird.
- 3.4 Bei den nach diesem Rahmenvertrag Bezugsberechtigten handelt es sich um Verkehrsunternehmen mit Sitz im Regierungsbezirk Stuttgart und dem Landkreis Calw sowie Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Raum. Es ist möglich, dass sich der aktuelle Bestand dieser Bezugsberechtigten während der Vertragslaufzeit ändert.

4 Beauftragung von Unterauftragnehmern

- 4.1 Unterauftragnehmer dürfen nur mit Zustimmung des Rahmenvertragspartners VVS GmbH eingesetzt werden. Soweit Unterauftragnehmer bereits in der Ausschreibung mit Angebotsabgabe benannt wurde, gilt diese Zustimmung als schon erteilt. Die VVS GmbH kann ihre Zustimmung in begründeten Fällen (z. B. mangelhafte Leistungserbringung in den Einzelverträgen) jederzeit widerrufen. Der Auftragnehmer muss in jedem Fall nachweisen, dass die Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, auch mit dem Unterauftragnehmer vereinbart worden sind.
- 4.2 Der Auftragnehmer haftet sowohl gegenüber der VVS GmbH als auch gegenüber den Einzelauftraggebern dafür, dass der Unterauftragnehmer alle erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzt, die für die Vertragserfüllung benötigt werden, und stellt die Auftraggeberin von allen Schadensersatzansprüchen, vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen Dritter, die aus dem Vertragsverhältnis entstehen, frei.
- 4.3 Für den Zeitraum nach dem Laufzeitende dieses Rahmenvertrags geht für Einzelverträge, soweit deren Laufzeit darüber hinausgeht, das Zustimmungs- und Widerrufsrecht auf die jeweiligen Einzelauftraggeber über.

5 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers über Einzelaufträge

Der Auftragnehmer muss fortlaufend, alle 3 Monate, eine Übersicht über die monatlich bestellten/abgerufenen EVB-IT Instandhaltungsverträge und eine Zuordnung zu den jeweiligen abgerufenen Auftraggebern an die Ansprechpartner der VVS GmbH liefern. Diese Auflistung ist fortzuschreiben, so dass sich eine Gesamtübersicht über die monatlichen Abrufmengen sowie deren Summe ergibt.

6 Rahmenbedingungen für die Leistungen des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das gesamte Projekt unter Einhaltung anerkannter Qualitätssicherungsrichtlinien durchzuführen. Dies beinhaltet
- a) die Beachtung aller in der Leistungsbeschreibung genannten Technischen Regelwerke, die in diesem Sinne Bestandteil dieses Vertrages sind,
 - b) die Überprüfung und Freigabe sämtlicher Lieferungen und Erzeugnisse (wie beispielsweise Hardware, Software, Dokumentation, Besprechungsunterlagen,) durch die Qualitätssicherung des Auftragnehmers,
 - c) die organisatorische Trennung zwischen der Systemerstellung und Erstellung der Prüfpläne/Durchführung der Prüfungen,
 - d) die Erstellung von Prüflisten und Prüfberichten.
- 6.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag so aufeinander abgestimmt und so vollständig sind, dass gewährleistet ist, die Aufgabenstellung gemäß Lastenheft in Verbindung mit dem Auftragschreiben und die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Auch wenn einzelne Lieferungen und/oder Leistungen nicht ausdrücklich genannt sind, sind sie vom Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages ohne gesonderte Berechnung zu erbringen, wenn

diese Lieferungen und/oder Leistungen nach sachkundiger Auffassung zur Vollständigkeit der Lieferungen und/oder Leistungen oder deren einwandfreier Funktion erforderlich sind.

- 6.3 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag alle relevanten Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften – insbesondere das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG), die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO), die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO), das Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO Kraft), die Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BO Strab), das Straßenverkehrsgesetz (StVG), die Straßenverkehrsordnung (StVO), die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), die ISO-, EN- und DIN-Normen, die VDE- und VDEW-Normen, die VDV-Schriften und –Empfehlungen, die Unfallverhütungsvorschriften – sowie die anerkannten Regeln der Technik für alle in der Leistungsbeschreibung (dem Lastenheft) beschriebenen Funktionen und Komponenten einhalten. Von den Vorgaben der VDV-Schriften und –Empfehlungen kann abgewichen werden, wenn diese nicht sicherheitsrelevant sind, diese Abweichung in der Leistungsbeschreibung (dem Lastenheft) ausdrücklich gefordert oder zur Erfüllung der geforderten Funktionalität notwendig ist. Die Abweichung ist durch den Auftragnehmer nach Art und Umfang eindeutig zu benennen.

Soweit für die Einhaltung relevanter Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften ein Nachweis zu erbringen ist, obliegt dies dem Auftragnehmer.

- 6.4 Für den die Vertraulichkeit und den Datenschutz gelten die Vorgaben der DSGVO und des BDSG .
- 6.5 Für Vertraulichkeit und Datenschutz gilt zudem: Alle am Projekt beteiligten Mitarbeiter des Auftragnehmers sind zum vertraulichen Umgang mit sämtlichen im Rahmen der Vertragserfüllung erhaltenen Daten und Informationen verpflichtet. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich auf Weisung des Auftraggebers und nur durch entsprechend geschulte Personale, die auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen gemäß Art. 5 und Art. 29 DSGVO verpflichtet wurde. Er hat geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 24 DSGVO zu treffen. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung von Unterlagen ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Nicht mehr benötigte Datenträger sind datenschutzkonform zu vernichten. Beauftragt der Auftragnehmer Subunternehmer, so hat er sicherzustellen, dass diese vertraglich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen verpflichtet werden. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber Kontrollrechte gemäß DSGVO ein und verpflichtet sich, etwaige Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten unverzüglich zu melden.
- 6.6 Auftragnehmer schließt mit den Einzelauftraggebern jeweils den Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) ab, der dem EVB-IT Instandhaltungsvertrag als Anlage beigelegt ist. Dieser geht im Verhältnis zwischen dem Auftragnehmer und den Einzelauftraggebern den vorangehenden Ziffern 6.5 und 6.6 vor, soweit er abweichende oder speziellere Regelungen enthält.
- 6.7 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Kommunikation zwischen ihm und dem Auftraggeber sowohl schriftlich als auch mündlich in deutscher Sprache erfolgt. Dieses setzt voraus, dass alle im direkten Kontakt mit dem Auftraggeber eingesetzten Mitarbeiter des Auftragnehmers die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.
- 6.8 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Betrieb des Auftraggebers nicht behindert wird. Sofern eine Behinderung nicht vermeidbar ist, wird diese auf ein Minimum beschränkt. Dies kann auch dazu führen, dass bestimmte Arbeiten nur nachts durchgeführt werden können.
- 6.9 Der Auftragnehmer erstellt ein Projektorganigramm mit der namentlichen Nennung aller Projektmitarbeiter des Auftragnehmers. Das Organigramm wird vom Auftragnehmer zum Projektbeginn erstellt und ist bis zum Projektende vom Auftragnehmer aktuell zu halten.
- 6.10 Der Auftragnehmer benennt einen Projektleiter, der mit der Abwicklung dieses Auftrages betraut und mit den entsprechenden Vollmachten ausgestattet ist. Der Projektleiter ist für die Ausführung der Leistungen verantwortlich und zur Entgegennahme technischer Anweisungen berechtigt. Darüber hinaus benennt der Auftragnehmer einen Stellvertreter des Projektleiters, der den Projektleiter im Krankheitsfall oder bei Urlaub vollumfänglich vertritt. Der Projektleiter und sein Stellvertreter sind mit Vertragsunterzeichnung Rahmenvertragspartner und Auftraggeber zu benennen. Ihre Qualifikation ist vom Auftragnehmer zu gewährleisten.

- 6.11 Der Rahmenvertragspartner und die Einzelauftraggeber bestimmen ebenfalls je einen Projektleiter und einen Stellvertreter. Einziger Gesprächspartner hinsichtlich aller technischen und verfahrenstechnischen Fragen für die Projektleiter des Auftragnehmers ist der Projektleiter des Rahmenvertragspartners bzw. Auftraggebers und dessen Stellvertreter.
- 6.12 Für alle Besprechungen zwischen Auftragnehmer und Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber während der Abwicklung des Projekts ist vom Auftragnehmer ein Protokoll zu erstellen. Eventuelle Festlegungen in diesen Protokollen erhalten mit der Gegenzeichnung des Projektleiters des Rahmenvertragspartners oder Auftraggebers Verbindlichkeit. Mündliche Vereinbarungen sind nicht verbindlich.
- 6.13 Die Projektleiter sind nicht berechtigt, Vereinbarungen zu treffen, die den Vertragsbedingungen widersprechen. Dies bedarf immer einer schriftlichen Vertragsänderung, bei welcher die Gründe hierfür benannt werden sollen.
- 6.14 Der Projektleiter des Auftragnehmers muss für das Projekt kurzfristig und mit ausreichender Zeit verfügbar sein. Seine Verfügbarkeit oder die seines Stellvertreters muss mindestens werktags Mo-Do: 8-16 und Fr: 8-14 Uhr bestehen.
- 6.15 Ein Wechsel des Projektleiters auf Seiten des Auftragnehmers soll ausgeschlossen sein und ist nur aus Gründen zulässig, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vorher schriftlich das Auswechseln anzukündigen. Der Auftragnehmer wird den Projektleiter oder andere Mitarbeiter auswechseln, wenn der Rahmenvertragspartner dies fordert und hierfür sachliche Gründe bestehen.

7 Einzelabrufe, Genehmigung durch den Rahmenvertragspartner

- 7.1 Die Abrufe der auf Abruf zu erbringenden Instandhaltungsverträge erfolgen durch die jeweiligen abrufberechtigten Einzelauftraggeber, die auch Vertragspartner der abgerufenen Instandhaltungsverträge werden, für die nach dem Rahmenvertrag AFZS Installation/Inbetriebnahme abgerufenen AFZS-Fahrzeugausstattungen. Der Abschluss dieses Vertrags ist längstens innerhalb von 2 Jahren nach der Abnahme der Hardware gemäß dem o.g. Rahmenvertrag möglich (Gewährleistungsfrist für die AFZS-Sensorik).

Der Abruf erfolgt in Textform unter Verwendung und Übermittlung des ausgefüllten EVB-IT Instandhaltungsvertrag mit Anlagen, einschließlich des Vertrags zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV), an den Auftragnehmer. Es gilt die dort geregelte Festlaufzeit von 36 Monaten mit zweimaliger Verlängerungsoption von jeweils 12 Monaten. Zugleich wird der Abruf durch Einzelauftraggeber zur Information an den VVS in Textform zugeleitet. Die Einzelvertragsformulare müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftraggebers/Bestellers,
- die Bezugnahme auf den betreffenden Einzelvertrag Lieferung (und Montage) von AFZS-Fahrzeugausstattungen zur Festlegung, welche Fahrzeugausstattungen instand zu halten sind,
- Art der Instandhaltungsleistungen: Kategorie A oder Kategorie B,
- die Empfangsstelle,
- die Rechnungsanschrift sowie
- den Ansprechpartner beim Auftraggeber/Besteller.

- 7.2 Die Rückmeldung bzw. Bestätigung der Abrufe erfolgt innerhalb von **5 Werktagen** nach Eingang des Abrufs gemäß Abs. 7.1 in Textform gegenüber dem jeweiligen abrufenden Einzelauftraggeber. Sind die Leistungen zu den durch die abrufenden Stellen in dem Einzelvertragsformular angegebenen Konditionen für den Auftragnehmer objektiv nicht durchführbar ist oder entsprechen die angeforderten Leistungen nicht den Vorgaben dieses Rahmenvertrags, sind diese Einwände binnen der o. g. Frist aus Satz 1 durch den Auftragnehmer dem bestellenden Einzelauftraggeber in Textform mitzuteilen und nach Möglichkeit entsprechend erforderliche Änderungen und Ergänzungen in das Einzelvertragsformular einzubringen. In diesem Fall werden sich der abrufende Einzelauftraggeber und der Auftragnehmer umgehend abstimmen und die Konditionen gemeinsam festlegen.

Die Rückmeldung des Abrufs sowie auch eine ggf. erfolgte gemeinsame Festlegung der Konditionen gemäß den vorangehenden Abs. 7.2 wird zugleich zur Information und zur Genehmigung an den Rahmenvertragspartner VVS GmbH in Textform zugeleitet.

- 7.3 Der Rahmenvertragspartner prüft, ob der Inhalt der Abrufe mit den Vorgaben dieses Rahmenvertrags vereinbar ist und ob und inwieweit die Zuordnung Instandhaltungsleistungen zu dem Einzelvertrag Lieferung (und Montage) von AFZS-Fahrzeugausstattungen korrekt erfolgt ist. Der Rahmenvertragspartner teilt dem Einzelauftraggeber und zugleich dem Auftragnehmer unverzüglich in Textform mit, ob der Einzelabruf genehmigt wird. Der Einzelabruf ist zu genehmigen, wenn
- dessen Inhalt mit diesem Rahmenvertrag vereinbar ist,
 - die Zuordnung zu dem Einzelvertrag Lieferung (und Montage) von AFZS-Fahrzeugausstattungen korrekt erfolgt ist,
 - mit dem Abruf der Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) zwischen dem Auftragnehmer und dem Einzelauftraggeber abgeschlossen wurde oder ein solcher mit dem betreffenden Einzelauftraggeber bereits aus einem früheren Abruf vorliegt.

Eine Verweigerung der Genehmigung ist zu begründen. Der EVB-IT Instandhaltungsvertrag kommt erst bei Genehmigung durch den Rahmenvertragspartner zustande.

- 7.4 Mit dem Abschluss des Einzelvertrags übernimmt der jeweilige Einzelauftraggeber eigenständig die Koordination der Abwicklung der Instandhaltung der betreffenden AFZS-Fahrzeugausstattungen.

8 Preisvereinbarungen und Abrechnung

- 8.1 Für die Lieferung und Leistungen des Auftragnehmers gelten die im Rahmen des Leistungsverzeichnis (Preisblatt) ausgewiesenen Preise in Euro. Es handelt sich um Nettopreise zzgl. der Umsatzsteuer zu dem jeweils aktuell gültigen Umsatzsteuersatz.
- 8.2 Die Preise beinhalten sämtliche Nebenkosten, einschließlich insbesondere die Kosten für Verpackungen und Transport bis zum vereinbarten Lieferort inkl. Be- und Entladung. Die Verpackungsstoffe bleiben Eigentum des Auftragnehmers; er hat für den unmittelbaren Abtransport und gegebenenfalls ihre sach- und fachgerechte Entsorgung zu sorgen.
- 8.3 Diese Preise sind verbindlich und gelten für die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrags bzw. für die gesamte Laufzeit der Einzelverträge, sofern nicht in diesem Vertrag oder weiteren Vertragsbestandteilen Preisanpassungsregelungen enthalten sind.
- 8.4 Ab 31. Januar des zweiten auf den Vertragsschluss folgenden Kalenderjahres kann der Auftragnehmer oder Auftraggeber des Rahmenvertrags einmal jährlich eine Anpassung der Preise gemäß nachstehender Preisgleitformel verlangen ("Anpassungsverlangen"). Die Anpassung wird zum Beginn des Kalendermonats wirksam, der auf den Zugang des Anpassungsverlangens in Textform beim Auftraggeber folgt, und ist darüber hinaus nur im folgenden Umfang zulässig:

Preisanpassungen können nur verlangt werden, wenn die prozentuale Veränderung des maßgeblichen Preisindex gegenüber dem Wert für das Jahr des Vertragsabschlusses oder bei jeder weiteren Indexänderung gegenüber dem Indexwert der jeweils letzten Änderung mindestens 2% beträgt. Preiserhöhungen dürfen in keinem Fall prozentual über den Erhöhungen der Listenpreise für die betreffenden Komponenten gemäß der allgemeinen Preisliste des Auftragnehmers liegen.

Die Preisanpassung wird gemäß folgender Formel berechnet:

$$P = P_0 \times \frac{M}{M_0}$$

Darin bedeuten:

P = neuer Preis
P₀ = bisheriger Preis

- M = Statistisches Bundesamt Deutschland (<https://www-genesis.destatis.de/>): Erzeugerpreis-index gewerblicher Produkte für „**Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse**“, Genesis-online [61241-0003](#), GP09-26 (2-Steller) [Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis \(GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen\)](#), der zum Zeitpunkt des Änderungsverlangens aktuell veröffentlicht ist (der Jahreswert des dem Zeitpunkt der Änderungsverlangens vorangehenden Jahres)
- M₀ = der unter M genannte Erzeugerpreisindex für das Jahr des Vertragsschlusses bzw. der Indexwert der letzten Änderung

- 8.5 Etwaige Patentgebühren, Lizenzvergütungen oder sonstige Rechte Dritter sind durch den vereinbarten Preis für die Leistung abgegolten.
- 8.6 Leistungen aus den abgerufenen EVB-IT Instandhaltungsverträgen werden gegenüber dem jeweiligen abrufenden Einzelauftraggeber abgerechnet.
- 8.7 Der Auftragnehmer rechnet über die abzurufende Instandhaltungsleistungen vierteljährlich zum Ende des jeweiligen Kalendervierteljahres ab. Voraussetzung für die Fälligkeit ist eine ordnungsgemäße Rechnung gemäß § 14 UStG, in welcher die Leistungen nachvollziehbar aufgeschlüsselt sind. Rechnungen sind mit dem Ansprechpartner zu versehen und auf die folgende Rechnungsadresse auszustellen:
- Rechnungen, die an die Einzelauftraggeber zu stellen sind, sind an die in den Einzelverträgen ausgewiesenen Rechnungsadressen zu adressieren.
- 8.8 Bei Überzahlungen kann sich der Auftragnehmer bei Rückforderung des Auftraggebers nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen; er hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Nettobetrag – ohne Umsatzsteuer – vom Empfang der Zahlung an mit dem Basiszinssatz gemäß BGB für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.
- 8.9 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können nicht abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber, die rechtskräftig festgestellt worden sind.

9 Schutzrechte/Urheberrechte

- 9.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Lieferungen und Leistungen frei von Schutzrechten Dritter zu erbringen. Sollte gegen den Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber wegen der Verletzung von Schutzrechten auf Grund der Herstellung, Aufstellung oder Benutzung der vom Auftragnehmer erbrachten Lieferungen und Leistungen Ansprüche geltend gemacht werden, so wird der Auftragnehmer den Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber von allen Ansprüchen und diesbezüglichen Kosten freistellen. Der Auftragnehmer ist allein berechtigt und verpflichtet, den Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber gegen die Ansprüche des Inhabers derartiger Rechte zu verteidigen und diese Ansprüche auf eigene Kosten zu regeln. Sodann hat der Auftragnehmer dem Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber das Recht zur Benutzung des Gesamtsystems zu ermöglichen, indem er nach seiner Wahl das gelieferte System oder die schutzrechtsverletzenden Teile abgeändert oder solche Teile durch schutzrechtsfreie Teile ersetzt oder eine Lizenz von dem Dritten, dessen Rechte verletzt wurden, erwirbt. Wenn es dem Auftragnehmer wirtschaftlich unzumutbar ist, dann erklären sich Rahmenvertragspartner und Auftraggeber bereit, auf Veranlassung des Auftragnehmers mit diesem Gespräche dahingehend aufzunehmen, das System zurückzugeben. Beide Seiten sind sich bereits jetzt darüber einig, dass die für Rahmenvertragspartner, Auftraggeber und Auftragnehmer wirtschaftlichste Lösung angestrebt werden soll.

Der dem Rahmenvertragspartner und dem Auftraggeber dadurch entstandene Schaden ist vom Auftragnehmer in voller Höhe zu ersetzen.

Vorstehende Verpflichtungen des Auftragnehmers haben zur Voraussetzung, dass

- der Rahmenvertragspartner oder der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich unterrichten, falls ein Dritter gegen den Auftraggeber Ansprüche wegen Schutzrechtsverletzung geltend macht,

- der Rahmenvertragspartner oder der Auftraggeber von sich aus die Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen,
 - die Verletzung nicht darauf zurückzuführen ist, dass der Rahmenvertragspartner, der Auftraggeber oder in seinem Auftrag ein Dritter das gelieferte System abgeändert hat und
 - der Auftraggeber oder – soweit zutreffend – der Rahmenvertragspartner den Auftragnehmer bei der Abwehr von Schutzrechtsansprüchen unterstützen.
- 9.2 Der Auftragnehmer behält sich das Urheberrecht und die Nutzung an sämtlichen von ihm erstellten Programmen und von ihm übergebenen Unterlagen vor. Der Auftragnehmer erteilt den Auftraggebern nach Abnahme beziehungsweise Teil-Abnahme und vollständiger Bezahlung des Vertragspreises für die abgenommene Leistung ein nicht-ausschließliches, nicht-übertragbares und unwiderrufliches Recht zur Nutzung der gelieferten Programme und Unterlagen für den eigenen Gebrauch; dieses Recht wird dem Auftraggeber vom Auftragnehmer bereits mit der Inbetriebnahme zugewillt. Das Nutzungsrecht beinhaltet nicht das Recht zur Vervielfältigung von Programmen; für Unterlagen ist eine Vervielfältigung nur insoweit gestattet, als es für den eigenen Gebrauch, die Instandhaltung oder die Instandsetzung erforderlich ist.
- 9.3 Der Auftragnehmer wird auf eigene Kosten sein eingebrachtes Eigentum sowie das seines Personals und seiner Subunternehmer versichern. Der Auftraggeber übernimmt keine Haftung für eingebrachtes Eigentum des Auftragnehmers, seines Personals und sonstiger Subunternehmer.
- 9.4 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter, die sich unmittelbar oder mittelbar aus der Vertragserfüllung ergeben, uneingeschränkt frei.

10 Laufzeit des Rahmenvertrags

- 10.1 Dieser Rahmenvertrag beginnt mit Zuschlag und endet automatisch nach Ablauf von 48 Monaten nach Zuschlag, ohne dass es einer Kündigung bedarf (Laufzeit des Vertrags).
- 10.2 Die ordentliche Kündigung der Rahmenvertrags, auch vor dessen Beginn, ist für beide Seiten ausgeschlossen.
- 10.3 Dieser Rahmenvertrag kann von beiden Rahmenvereinbarungsparteien (VVS GmbH und Auftragnehmer) außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund i. S. d. § 314 BGB vorliegt, oder dieser Vertrag ausdrücklich bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen einen außerordentlichen Kündigungsgrund regelt. Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Die außerordentliche Kündigung dieses Rahmenvertrags auf Auftraggeberseite kann auch nur durch den Rahmenvertragspartner selbst und nicht durch die abrufberechtigten Verkehrsunternehmen oder Aufgabenträger ausgesprochen werden. Eine außerordentliche Kündigung dieses Rahmenvertrags durch die VVS GmbH bewirkt, dass die Möglichkeit der Abrufe von Leistungen durch die bezugsberechtigten Verkehrsunternehmen nach diesem Vertrag hierdurch entfällt.
- 10.4 Die Beendigung durch Zeitablauf oder Kündigung dieses Rahmenvertrags beendet nicht zugleich auch die auf Basis dieses Rahmenvertrags einzeln abgeschlossenen EVB-IT Instandhaltungsverträge. Die Beendigung oder Kündigung der einzelnen EVB-IT Instandhaltungsverträgen richtet sich nach den Bestimmungen der EVB-IT Instandhaltungsverträge und den gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt durch den jeweiligen Vertragspartner/Bezugsberechtigten. Nach Beendigung durch Zeitablauf oder Kündigung dieses Rahmenvertrags ist jedoch ein weiterer Erstabruf von EVB-IT Instandhaltungsverträgen nach diesem Rahmenvertrag nicht mehr möglich. Die Möglichkeit der Ziehung der Verlängerungsoption für bestehende EVB-IT Instandhaltungsverträge bleibt hiervon unberührt.
- 10.5 Die VVS kann unbeschadet gesetzlicher Kündigungsrechte diesen Rahmenvertrag ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen,
- wenn sich herausstellen sollte, dass der mit diesem Rahmenvertrag verfolgte Zweck des Vorhabens nach objektiven Gesichtspunkten nicht erreicht wird oder im erheblichen Umfang nicht erreicht wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Auftragnehmer die Erfüllung von zwingenden Anforderungen aus dem Lastenheft (der Leistungsbeschreibung) oder zwingenden Festlegungen aus dem Pflichtenheft oder zurückweist oder verweigert;

- wenn der Auftragnehmer trotz erfolgter Abmahnung wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt oder die erstmalige Verletzung von Vertragspflichten sich als hinreichend schwerwiegend erweist, dass eine Fortführung dieses Rahmenvertrags für die VVS GmbH unzumutbar ist. Pflichtverletzungen des Auftragnehmers aus den abgerufenen EVB-IT Instandhaltungsverträgen können einen wichtigen Grund zur Kündigung dieses Rahmenvertrags darstellen, wenn diese aufgrund ihrer Häufigkeit oder Schwere eine Fortführung dieses Rahmenvertrags für die VVS GmbH unzumutbar werden lassen.
- wenn der Auftragnehmer unter Verstoß gegen Ziffer 4 dieses Rahmenvertrags Unterauftragnehmer ohne die erforderliche Zustimmung oder nach den Anforderungen dieses Vertrags nicht geeignete Unterauftragnehmer einsetzt;
- wenn seitens des Auftragnehmers gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (A-EntG) und/oder Regelungen des Mindestlohngesetzes verstoßen wird;
- wenn vom Auftragnehmer selbst oder zulässigerweise von dem Auftraggeber oder einem anderen Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt ist;
- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren (§§14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wird;
- wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§14 und 15 InsO) bzw. eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird;
- wenn die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt wird, als dass der Auftragnehmer seine Leistungen nicht nur vorübergehend einstellt;
- wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;
- wenn der Auftragnehmer dem Rahmenvertragspartner oder dessen Mitarbeitern oder den Organen oder Mitarbeitern der abrufberechtigten ÖPNV-Aufgabenträger oder vom Auftraggeber Rahmenvertrag beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder Ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, verspricht oder gewährt;
- wenn der Auftragnehmer gegenüber dem Rahmenvertragspartner oder dessen Mitarbeitern oder den Organen oder Mitarbeitern der abrufberechtigten Einzelauftraggeber oder vom Auftraggeber beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen;
- bei erheblicher Verletzung der vertraglichen Verpflichtung zur Vertraulichkeit und Einhaltung des Datenschutzes, insbesondere auch bei erheblichen oder wiederholten Verstößen gegen die Regelungen der zwischen den Einzelauftraggebern und dem Auftragnehmer abgeschlossenen Verträgen zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) durch den Auftragnehmer, seine Mitarbeiter oder seine etwaigen Nachunternehmer;
- im Falle der schuldhaften Nichterfüllung der Verpflichtungen der Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg.

Weiter im Rahmenvertrag geregelte Kündigungsrechte bleiben davon unberührt. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch den Auftraggeber oder der abrufberechtigten Einrichtungen bleiben ebenfalls unberührt.

11 Leistungen der Auftraggeber

- 11.1 Der Einzelauftraggeber stellt dem Auftragnehmer alle Informationen über Betriebsabläufe und Betriebseinrichtungen zur Verfügung, die für die Durchführung des Projekts erforderlich sind.
- 11.2 Sofern von dem jeweiligen Auftraggeber in Abstimmung mit dem Auftragnehmer eigenes Personal zur Mitwirkung bei der Tätigkeit des Auftragnehmers eingesetzt wird, unterliegt dieses während der Mitwirkung den technischen Anweisungen des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist berechtigt, jederzeit auf die Mitwirkung des Personals des jeweiligen Auftraggebers zu verzichten.

12 Haftung und Versicherung

- 12.1 Der Auftraggeber dieses Rahmenvertrags, die VVS GmbH, ist koordinierend als Vergabestelle für den Rahmenvertrag tätig und haftet nach den gesetzlichen Vorschriften nur für Verstöße, welche ihre eigene Tätigkeit im Rahmen der Ausschreibung und des Rahmenvertrags betreffen. Des Weiteren haftet die VVS GmbH in Rahmen von Einzelvertragsverhältnissen/ -leistungen, welche nach der Zuordnung in dem Leistungsverzeichnis (Preisblatt) zwischen der VVS GmbH und dem Auftragnehmer vereinbart werden.
- 12.2 Der Auftraggeber des Rahmenvertrags, die VVS GmbH, übernimmt für Handlungen der bezugsberechtigten Einzelauftraggeber, welche ausschließliche Vertragspartner des Auftragnehmers bezüglich ihrer Einzelabrufe sind, im Rahmen der Erfüllung und Abwicklung der durch diese Einzelabrufe begründeten Vertragsverhältnisse keinerlei Haftung.
- 12.3 Die abrufberechtigten Einzelauftraggeber haften demnach jeweils gegenüber dem Auftragnehmer im Rahmen ihrer eigenen vertraglichen Verhältnisse entsprechend der Bestimmungen aus den jeweils abgeschlossenen Aufträgen und den gesetzlichen Vorschriften. Eine gesamtschuldnerische vertragliche Haftung der abrufberechtigten Einzelauftraggeber und des Auftraggebers des Rahmenvertrags ist ausgeschlossen.
- 12.4 Der Auftragnehmer haftet sowohl für eigenes als auch für das Verschulden von Subunternehmern.
- 12.5 Verursacht der Auftragnehmer Schäden an Einrichtungen oder Gebäuden eines Einzelauftraggebers oder Dritten, hat er den Einzelauftraggeber oder den geschädigten Dritten unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.
- 12.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit einer Mindestdeckungssumme von 3.000.000 € zweifach maximiert je Vertragsjahr für jede der vorbenannten Schadensarten zu unterhalten und diese für die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und dies auf Anforderung dem Auftraggeber nachzuweisen.
- 12.7 Die vertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur Sachmängelhaftung aus den EVB-IT Instandhaltungsverträgen bleiben hiervon unberührt.

13. Rücknahme der Hardware

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausgelieferte, kraft Gesetzes einer besonderen Entsorgung bedürftige Hardware zurückzunehmen. Bei Anlieferung und Übergabe werden diese Geräte gekennzeichnet. Für den unverzüglichen Abtransport und – falls erforderlich – die fachgerechte Entsorgung der Verpackungsmaterialien ist der Auftragnehmer verantwortlich.

14. Auskunftspflicht

Rahmenvertragspartner, Einzelauftraggeber und Auftragnehmer sind jederzeit verpflichtet, einander die Auskünfte zu erteilen, die nötig sind, um die jeweiligen Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen. Auch bei Kündigung oder Rücktritt sind der Rahmenvertragspartner, Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichtet, einander die Auskünfte zu erteilen, die nötig sind, um die jeweiligen Ansprüche zu bemessen.

15. Ansprechpartner und Kommunikation

Es handelt sich um die Ansprechpartner der Parteien aus dem Rahmenvertrag AFZS Installation/Inbetriebnahme.

16. Vertragsänderungen

Änderungen oder Ergänzungen dieses Rahmenvertrags oder einzelner Bestimmungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform und der Unterzeichnung bzw. schriftlichen Bestätigung durch die Rahmenvertragspartner. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel.

17. Rechtswahl und Gerichtsstand

- 17.1 Die Parteien vereinbaren die Anwendung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendbarkeit von Vorschriften des UN-Kaufrechts werden ausgeschlossen.
- 17.2 Erfüllungsort für die Einzelabrufe ist der Sitz des jeweiligen abrufenden Einzelauftraggebers.
- 17.3 Im Falle von Rechtsstreitigkeiten aus den Einzelabrufen und welchen, die mit den Einzelabrufen im Zusammenhang stehen, gilt der Sitz des jeweiligen abrufenden Einzelauftraggebers als Gerichtsstand.
- 17.4 Im Falle von Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Auftraggeber dieses Rahmenvertrags (VVS GmbH) und dem Auftragnehmer aus diesem Rahmenvertrag und welchen, die mit dem Rahmenvertrag im Zusammenhang stehen, gilt Stuttgart als Gerichtsstand.

18. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

19. Inkrafttreten

Der Vertrag tritt mit Zugang des durch die Vergabestelle im zu Grunde liegenden Vergabeverfahren erteilten Zuschlages beim Auftragnehmer auf dessen gültiges Angebot gemäß Vergabeunterlage in jenem Vergabeverfahren in Kraft.